

Nach dem Rücktritt von Franziska Roth ist die SVP Aargau verzweifelt auf Personalsuche **SEITE 14**

Nun steht fest, wer das Disziplinarverfahren gegen Bundesanwalt Michael Lauber führen soll **SEITE 16**

«Tür zur Volksrente wird geöffnet»

Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler hält nichts von den Plänen zur Reform der beruflichen Vorsorge



Hans-Ulrich Bigler schert mit dem Gewerbeverband aus dem «Sozialpartner-Kompromiss» aus.

SIMON TANNER / NZZ

Herr Bigler, Sie werfen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften Geheimabreden vor. Was ist passiert? Der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften haben ihre Eckwerte definiert, ohne den Gewerbeverband darüber zu informieren. Wir wurden bei der Lancierung des Prozesses mit Bundesrat Berset vor ein Fait accompli gestellt. Die Zugeständnisse an die Gewerkschaften, um das Niveau der Renten halten zu können, waren bereits eingebaut.

Sie sprechen damit vor allem den Rentenzuschlag an, der pro Kopf als Fixbetrag ausbezahlt und über einen Lohnbeitrag von 0,5 Prozent finanziert wird. Was stört Sie daran?

Die zweite Säule sieht keine Umverteilung vor. Eine solche jetzt einzuführen, halte ich für absolut systemwidrig. Ein Lohnbeitrag von 0,5 Prozent ist für viele Betriebe eine Belastung. Die Maschinenindustrie etwa, die sich eben erst vom Franken-Schock erholt hat, kennt gerade in den KMU immer noch sehr schmale Margen. Wenn die Lohnkosten zusätzlich erhöht werden, wird es für sie schwierig, notwendige Investitionen zu tätigen und im internationalen Markt zu bestehen. Die Betriebe müssen ja bereits die Mehrbelastung für die Finanzierung

der Steuerreform und die AHV-Finanzierung mittragen. Das sind weitere 0,3 Prozentpunkte für die AHV-Beiträge.

Ein weiterer Knackpunkt ist die Halbierung des Koordinationsabzugs. Wenn neu Löhne ab 12 000 Franken in der Pensionskasse versichert sein sollen, profitieren vor allem Teilzeitbeschäftigte. Weshalb trägt der Arbeitgeberverband diesen Vorschlag mit, der Gewerbeverband aber nicht?

Ein tieferer Koordinationsabzug bedeutet grundsätzlich automatisch eine Verteuerung der Arbeitsplätze, weil die Arbeitgeber dadurch mehr Beiträge entrichten müssen. Der Niedriglohnssektor ist aber überproportional stark betroffen. Die Halbierung nimmt keinerlei Rücksicht auf gewerbliche Verhältnisse.

Gestern haben Sie gesagt, der Kompromiss der Sozialpartner sei zu teuer, zu gewerbefeindlich und zu sozialistisch. Was halten Sie für das grösste Übel?

Mit einem gewissen Abstand würde ich das heute wohl anders formulieren. Das grösste Übel ist aus meiner Sicht, dass man das Drei-Säulen-Prinzip preisgibt, indem man in der beruflichen Vorsorge das Umverteilungsprinzip einführt.

Sie malen bereits das Gespenst einer Volksrente oder einer Einheitskasse an die Wand. Wegen einer einmaligen Senkung des Umwandlungssatzes droht doch noch keine Volksrente.

Sind Sie sicher? Es ist ja jetzt schon absehbar, dass die Finanzierung nur ein paar Jahre lang gesichert ist und dann der Umwandlungssatz erneut gesenkt werden muss. Da der Rentenzuschlag bis dann im Gesetz verankert sein soll, würden die Gewerkschaften bei jeder Reform erneut an dieser Schraube drehen, und das Tauziehen begänne von neuem. Mit diesem neuen Umverteilungsprinzip wird die Tür zur Volksrente, wie die Linke sie fordert, geöffnet.

Der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften sprechen von einem historischen Kompromiss der Sozialpartner. Der Gewerbeverband aber legt sich quer. Wie soll der Prozess nun weitergehen?

Von einem historischen Prozess der Sozialpartner spricht man ja wohl nur, wenn man sich selbst ein Denkmal setzen will. Der Gewerbeverband wird weiterhin konstruktiv und ergebnisoffen in den nun folgenden Vernehmlassungs- und Parlamentsprozess hineingehen. Wir nehmen für uns aber in Anspruch, unsere Eckpunkte und Werte selbst zu definieren

und nicht einfach die der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu übernehmen.

Das heisst, der Gewerbeverband spielt sein Powerplay, wie er das bei der Unternehmenssteuerreform bereits getan hat.

Wir gehen, wie schon gesagt, pragmatisch in diesen Prozess hinein. Der Arbeitgeberverband hat die Steuervorlage und die AHV-Finanzierung übrigens erst abgelehnt und ist dann eingeschwenkt.

Die SVP hat sich bereits auf die Seite des Gewerbeverbandes gestellt. CVP-Präsident Gerhard Pfister sagt, alle Gegner der AHV-Reform 2020 hätten nun ein schlechteres Ergebnis auf dem Tisch. Was erwarten Sie vom politischen Prozess?

Jetzt schon auf irgendwelche Mehrheiten zu spekulieren, halte ich für verfrüht. Jetzt gilt es erst einmal die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrats abzuwarten.

Dass sich der bürgerliche Arbeitgeberverband und auch einige bürgerliche Politiker darauf einigen konnten, einem solidarisch finanzierten Rentenzuschlag zuzustimmen, erstaunt aber schon etwas. Wir werden sehen. Es gibt ja auch im Arbeitgeberverband Kritiker. Der Bankenverband, die Pharmaindustrie oder die Baumeister etwa sind meines Wissens gegen den Vorschlag. Da wird noch viel Bewegung in den politischen Prozess kommen.

Der Vorschlag des Gewerbeverbandes sieht ebenfalls eine Senkung des Umwandlungssatzes vor, hält aber am Drei-Säulen-Prinzip fest und will zur Finanzierung die Altersgutschriften stärker erhöhen. Mehrheitsfähig ist das kaum.

Unser Vorschlag beruht auf den Berechnungen, die wir bei der Altersreform 2020 gemacht haben. Die Nachwahlbefragung zur gescheiterten Revision der Altersvorsorge 2020 hat übrigens gezeigt, dass der vorgeschlagene Rentenzuschlag von 70 Franken der wichtigste Grund für die Ablehnung war. Jetzt sprechen wir von einem Rentenzuschlag von 200 Franken.

Laut Bundesrat Alain Berset ist bei Ihrem Modell mit sinkenden Renten zu rechnen. Können Sie das ausschliessen? Offenbar hat Bundesrat Berset unser Modell noch nicht im Detail studiert. Die Kompensation für die Senkung des Mindestumwandlungssatzes möchten wir primär über die Erhöhung der Altersgutschriften erzielen. Es gilt zudem, angesichts einer lebenslangen Berufskarriere das Lohnwachstum und damit eine dynamische Perspektive zu berücksichtigen.

Interview: Christina Neuhaus

Ein Drittel mehr Personal für den NDB

Bundesrat bewilligt 100 neue Stellen

MARCEL GYR

An seiner letzten Sitzung vor den Sommerferien hat der Bundesrat am Mittwoch einen Entscheid gefällt, der in den kommenden Tagen noch zu reden geben dürfte. Er bewilligte den Antrag der Chefin des Verteidigungsdepartements (VBS), Viola Amherd, das Personal im Nachrichtendienst des Bundes (NDB) um satte 100 Stellen aufzustocken. Bis jetzt umfasst der NDB etwas über 300 Mitarbeiter.

Der Personalbestand im Nachrichtendienst wurde bis vor kurzem unter Verschluss gehalten. Erst der «Blick» erstritt gerichtlich die Bekanntgabe der genauen Zahlen. Demnach betrug 2016 der Personalbestand im NDB noch deutlich unter 300 Vollzeitstellen. Auch als Folge des neuen Nachrichtendienstgesetzes, das dem NDB neue Kompetenzen übertrug, ist der Personalbestand inzwischen auf über 300 Stellen angewachsen.

Nachholbedarf

Doch der neue NDB-Chef Jean-Philippe Gaudin machte bereits im Herbst deutlich, dass er sich damit nicht zufriedengeben will. Er brauche zusätzliches Personal, sagte er an einer Medienkonferenz anlässlich seiner ersten hundert Amtstage. Die bis dahin gesprochenen zusätzlichen Stellen seien vor allem im juristischen und administrativen Bereich eingesetzt worden, nicht aber für die operationelle Tätigkeit. In diesem Bereich bestehe Nachholbedarf, sagte Gaudin.

Jetzt ist er mit seinem Anliegen vollumfänglich durchgekommen. Der Bundesrat bewilligte nicht nur 100 neue Stellen in der NDB-Zentrale in Bern. Zusätzlich wurde auch das Budget der kantonalen Nachrichtendienste um fast 3 Millionen Franken oder um fast 30 Vollzeitstellen erhöht. Somit wird der Bestand des Nachrichtendienstes in der Schweiz um rund ein Drittel erhöht.

Umso mehr erstaunt es, dass der Bundesrat den wegweisenden Entscheid an seiner Medienorientierung nicht aktiv kommuniziert hat. Die Medienstelle des VBS bestätigte die zwei Beschlüsse erst am Mittwochabend auf Anfrage der NZZ. In einer schriftlichen Stellungnahme hielt der stellvertretende Chef Kommunikation, Lorenz Frischknecht, fest, dem Bundesrat sei es ein Anliegen, dass der NDB über genügend Ressourcen verfüge, um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.

Interne Umlagerung

Der Bundesrat habe sich deshalb in einem Grundsatzentscheid für eine Erhöhung der Ressourcen ausgesprochen, wobei der personelle Ausbau über einen Zeitraum von fünf Jahren erfolge. Frischknecht erklärte weiter, dass das VBS einen Teil der Stellen durch interne Umlagerungen zur Verfügung stellen werde.

So sei geplant, dieses und nächstes Jahr je 20 Stellen an den NDB abzugeben. Erst in den folgenden drei Jahren sollen insgesamt 60 zusätzliche Stellen in die Personalplanung aufgenommen werden.

In einem Interview mit der NZZ hat der NDB-Chef Gaudin kürzlich gesagt, wegen der knappen Ressourcen habe er nach seinem Amtsantritt vor einem Jahr fast überall Lücken festgestellt, vor allem aber auf operationeller Ebene. Bei der Spionageabwehr müsse man sich deshalb auf einige wenige Gebiete fokussieren – den grossen Rest der Welt könne man nicht abdecken. Dasselbe gelte für den Terrorismus, wo man sich derzeit auf die Jihad-Rückkehrer konzentriere.

Der 56-jährige Waadtländer Gaudin wurde im vergangenen Jahr als Nachfolger von Markus Seiler zum Chef des NDB gewählt.

Bodyguards von Kameruns Präsidenten verurteilt

Die Aggression gegen einen Genfer Journalisten hat ein Nachspiel – sechs Agenten wieder auf freiem Fuss

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Das Luxushotel «Intercontinental» liegt inmitten des Genfer Uno-Viertels – entsprechend gediegen geht es dort normalerweise zu und her. Nicht so in den vergangenen Tagen: Weil der kamerunische Machthaber Paul Biya im Hotel logierte, fanden sich dort mehrmals Oppositionelle ein, um gegen das Regime des 86-Jährigen zu demonstrieren.

Am Samstag kam es zu heftigen Zusammenstössen zwischen der Polizei und einem Teil der rund 250 Demonstranten. Die Ordnungskräfte mussten Tränengas einsetzen. Drei Tage zuvor hatte sich ein Zwischenfall mit einem Journalisten ereignet,

wie man es in der Schweiz glücklicherweise nicht gewohnt ist: Der RTS-Radiomann war gerade dabei, die Proteste einer Handvoll Oppositioneller zu dokumentieren, als ihn plötzlich breitschultrige Männer – mutmasslich Sicherheitskräfte von Präsident Biya – festhielten und ihm die Taschen leerten.

Der Journalist, der bei der Aktion leicht verletzt wurde, reichte Strafanzeige ein. Das Schweizer Aussendepartement seinerseits verurteilte die Aggression umgehend und zitierte Kameruns Botschafter nach Bern, um ihn unter anderem an die Pressefreiheit zu erinnern. Auch Genfs Regierungspräsident Antonio Hodgers reagierte scharf.

Nun zeigt sich, dass der Zwischenfall nicht ohne Konsequenzen bleibt: Die Genfer Staatsanwaltschaft meldete am Mittwochnachmittag in einem Communiqué, dass die Polizei am Dienstag sechs Personen festgenommen habe. Es handelte sich bei ihnen, wie vermutet, um Sicherheitskräfte von Präsident Biya. Wie die Staatsanwaltschaft am Abend auf Anfrage bestätigt, wurden alle sechs Personen bereits per Strafbefehl verurteilt. Die Urteile können ans Polizeigericht weitergezogen werden. Gemäss Angaben von «Le Temps» haben die Sicherheitsleute bedingte Freiheitsstrafen in der Höhe von drei beziehungsweise vier Monaten erhalten – wegen Nötigung,

Sachbeschädigung und unrechtmässiger Aneignung. Sie sind mittlerweile wieder auf freiem Fuss. Die einzige Frau wurde bereits früher aus der Haft entlassen, weil sie über einen Diplomatenpass verfügt.

Die wüsten Szenen stehen in direktem Zusammenhang mit der politischen Lage in Kamerun. Dort herrscht seit Jahren ein gewaltvoller Konflikt zwischen der Zentralregierung und Befürwortern der Unabhängigkeit des englischsprachigen Teils des Landes. Laut Menschenrechtsorganisationen geht Biyas Regierung mit Gewalt und Festnahmen gegen Oppositionelle vor – und wie sich zeigt, schreckt sie sogar im Ausland nicht vor unzimperlichen Interventionen zurück.